

# PRESSEMITTEILUNG

07.04.2016

## **FRAUENHÄUSER BENÖTIGEN DRINGEND UNTERSTÜTZUNG!**

„Die Belegungssituation in den hannoverschen Frauenhäusern ist dramatisch“, so **Dieter Küßner**, gleichstellungspolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion aufgrund eines Berichtes in der letzten Sitzung des Gleichstellungsausschusses der Landeshauptstadt Hannover. Er ergänzt: „Alle drei Frauenhäuser sind überbelegt und haben aufgrund dieser Situation auch schon Frauen abweisen müssen! Das sind unhaltbare Zustände!“

„Die Gleichstellungs-AG der CDU-Ratsfraktion sieht dringenden Handlungsbedarf. Die engagierten Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser werden zurzeit im Regen stehen gelassen. Neben ihrer eigentlichen Aufgabe, traumatisierten Frauen und Kindern zu helfen, müssen sie jetzt auch die Folgen der verfehlten Wohnungspolitik in Hannover versuchen zu kompensieren“, erläutert **Küßner** und führt weiter aus: „Bedingt durch den Wohnraummangel in der Stadt können viele hilfeschuchende Frauen/Kinder die Frauenhäuser oft gar nicht verlassen, weil sie auf dem freien Markt keine Wohnungen finden. Dadurch dauert der Aufenthalt in den Frauenhäusern für manche Frauen inzwischen schon seit über einem Jahr an, wobei man sonst von einer durchschnittlichen Unterakunftszeit zwischen wenigen Wochen und sechs Monaten ausgeht! Dies führt dazu, dass keine Kapazitäten in den Frauenhäusern frei werden und die hilfeschuchenden Frauen und Kinder dort inzwischen unter völlig beengten Verhältnissen leben müssen!“

**Küßner** weiter: „Besonders traurig an dieser Situation ist, dass Frauen und Kinder, die schon länger im Frauenhaus sind, professionell betreut werden und bereit wären, wieder selbständiger zu leben, keinen Abstand zu den Gewalterfahrungen bekommen, da sie das Frauenhaus nicht verlassen können. Dabei denken die Leitungen der Frauenhäuser in Hannover nicht zwingend über eine Vergrößerung ihrer Häuser nach, sondern eher über „alternative“ Wohnformen. Beispielhaft ist ein Modell des „betreuten Wohnens“ genannt worden oder auch die Gründung von Wohngruppen, die durch Fachpersonal in regelmäßigen Abständen weiter betreut werden!“

„Diese Gruppe, sowohl die traumatisierten Frauen und Kinder, als auch die vielen Helferinnen, ist auf unseren Schutz, unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung angewiesen. Deshalb fordern wir den Oberbürgermeister auf, umgehend zu handeln und dafür Sorge zu tragen, dass Wohnraum, im Zweifel auch in Kleinstmodulbauweise, zur Verfügung gestellt wird“, erklärt **Küßner** abschließend.

